

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR
STADTENTWICKLUNG,
INFRASTRUKTUR UND
MARKETING**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 03. SIM 2009-2014 Sitzungsdatum: 22.04.2010 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 22.04.2010

Unter dem Vorsitz von Heiner Weißborn versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. 41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
3. Bebauungsplan Nr. 46 - Finkenstraße-Ost - 2. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
4. Bebauungsplan Nr. 64 - Röntgenstraße - 5. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
5. Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes der Innenentwicklung
im beschleunigten Verfahren
6. Erschließung für den Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus
hier: Erschließungsvertrag
7. Marketingkonzept für das Ü-Bad der Stadt Übach-Palenberg
8. Sachstandsbericht zum Stadtmarketing
9. Namensfindung für das Freizeit- und Naherholungsgebiet Wurmtal
10. Berichte und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath
Herr Herbert Fibus
Herr Peter Fröschen
Frau Silvia Gillen
Herr Walter Junker
Frau Norma Kuhlmei
Herr Leo Meertens
Herr Oliver Walther
Herr Heiner Weißborn

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Tim Böven
Herr Hans-Jürgen Mallmann
Herr Steven McLarren
Herr Alf Ingo Pickartz

bis TOP 9

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Erwin Müller

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker
Schlüter
Herr Achim Engels
Herr Michael Wirth

bis TOP 9

Gäste

Herr Vojislav Miljanovic
Herr Schnuis

Schriftführerin

Frau Monique Raeune

Ausschussvorsitzender Weißborn begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter des Rathauses, die Gäste sowie die Vertreter der Presse und stellte die fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Des Weiteren wurde auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden der TOP 9 „Marketingkonzept für das Ü-Bad der Stadt Übach-Palenberg“ zur Beratung in direktem Anschluss an den TOP 6 „Erschließung für den Bebauungsplan Nr. 106 – St. Rochus hier: Erschließungsvertrag“ vorgezogen.

Stadtverordnete Gillen beantragte den TOP 8 „Namensfindung für das Freizeit- und Naherholungsgebiet Wurmatal“ von der Tagesordnung abzusetzen und die Beratung zu verschieben. Ausschussvorsitzender Weißborn bat darum, wegen einiger organisatorischer Fragen den TOP 8 auf der Tagesordnung zu belassen.

Stadtverordnete Gillen kündigte für die CDU-Fraktion für das Ende der nicht öffentlichen Sitzung eine Anfrage an.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2 **41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel - hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss**

Protokoll:

Stadtverordnete Gillen bat um Stellungnahme der Verwaltung ob eine Versickerung der Dachflächenentwässerung für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses vorgesehen sei.

Beigeordneter Schlüter erklärte, dass zurzeit durch einen Bodengutachter geprüft werde, ob und in welcher Art eine Versickerung des Wassers geschehen könne.

Stadtverordnete Gillen teilte mit, dass sich die CDU-Fraktion nicht nur für eine Versickerung, sondern auch für eine Rückhaltung zur Wasserentnahme stark mache, da die Feuerwehr Scherpenseel ein Löschfahrzeug besitze, welches mit diesem Wasser gefüllt werden könne. Sie bitte dies bei der Ausschreibung zu berücksichtigen.

Ausschussvorsitzender Weißborn erkundigte sich, mit welchen Mehrkosten man bei der Umsetzung einer solchen Maßnahme rechnen müsse.

Beigeordneter Schlüter erklärte, dass diese Frage erst geklärt werden müsse und dies in der nächsten BAU-Sitzung berichtet werde.

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 vorgebracht wurden.
2. Die 41. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel" wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**3 Bebauungsplan Nr. 46 - Finkenstraße-Ost - 2. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss**

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 – Finkenstraße-Ost - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1. einstimmig
zu 2. einstimmig

**4 Bebauungsplan Nr. 64 - Röntgenstraße - 5. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss**

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 64 – Röntgenstraße - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: einstimmig
zu 2: einstimmig

**5 Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -
hier: Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes der Innenent-
wicklung im beschleunigten Verfahren**

Protokoll:

Herr Engels erklärte den Ausschussmitgliedern, dass die erneuten Überlegungen zur Umsetzung dieses Baugebietes aus der immer noch bestehenden Nachfrage nach Baugrundstücken entstanden seien. Anhand der hohen Nachfrage im Rahmen der Bebauung Waubacher Weg sei dies ersichtlich. Des Weiteren, so Herr Engels, befinde sich dieses Gebiet in einer günstigen Lage. Es liege nicht weit entfernt vom Oberzentrum Aachen, wo auf dem Campus der RWTH in den nächsten Jahren immer mehr Arbeitsplätze entstehen werden. Die Verkehrsanbindungen sowohl mit Kfz als auch ÖPNV seien als gut zu bezeichnen. Soziale Infrastrukturen seien im Umfeld vorhanden.

Herr Engels erklärte weiter, dass es sich bei dem Erschließungsträger um die S-Bauland GmbH und einen weiteren Grundstückseigentümer handele und sich hierdurch keine finanzielle Belastung für die Stadt ergebe. Die Planungen würden im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB erfolgen. Dies habe zur Folge, dass keine Änderung des Flächennutzungsplanes, sondern lediglich eine Korrektur notwendig sei. Auch ein Ausgleich sei grundsätzlich nicht erforderlich, werde aber durch die beiden Erschließungsträger trotz allem durchgeführt. Man habe sich auf einen 75 %-Ausgleich geeinigt.

Herr Engels teilte mit, dass die Planungen jetzt möglich seien, da die Emissionsproblematik durch intensive Bemühungen der Verwaltung, aber vor allem der Erschließungsträger gelöst werden konnte.

Herr Engels fuhr fort, dass es erste Planungen für ein Baugebiet an der dortigen Stelle schon im Jahre 1971 gegeben habe. Im Jahr 1982 sei es zu einer ersten Offenlage gekommen, aber die Planungen seien wegen der o.g. Emissionsproblematik immer wieder eingestellt worden. 2007 wurden die Planungen erneut aufgegriffen und bis zum jetzigen Zeitpunkt habe die Verwaltung schon einige hundert Arbeitsstunden benötigt um den Bebauungsplan in der heute vorliegenden Form zu erstellen.

Herr Schnuis vom Ingenieurbüro RaumPlan erklärte anhand seiner Präsentation (**siehe Anlage 1**), dass sich innerhalb des Baugebietes 28 Parkplätze befänden. Dies bedeute, dass pro Wohneinheit 0,8 Parkplätze im öffentlichen Straßenraum zur Verfügung stehen würden, was durchschnittlich gesehen schon sehr viel sei.

Sachkundiger Einwohner Müller erklärte, dass er ein Problem darin sehe, dass die Ausfahrt aus dem Baugebiet über eine Linksabbiegerspur zur Roermonder Straße erfolge. Er frage sich, ob es nicht angebracht wäre, an dieser Stelle einen Kreisverkehr zu errichten.

Herr Schnuis verneinte dies und erklärte, dass aufgrund des sehr geringen Verkehrsaufkommens ein Kreisverkehr völlig überdimensioniert und demnach nicht notwendig sei.

Herr Schnuis erklärte weiter, dass in dem Bebauungsplangebiet 6 Bäume eingeplant worden seien. Der genaue Standort hierfür sei jedoch nicht festgelegt worden, damit diese im Nachhinein so angepflanzt werden könnten, dass sie am besten in das Gesamtbild des Baugebietes passten.

Einige spezielle Festsetzungen seien jedoch vorgesehen. Hier sei z.B. die zwingende Zweigeschossigkeit im vorderen Bereich sowie die Festlegung einer Baulinie statt einer Baugrenze zu nennen. Hier solle durch die Festsetzungen eine gewisse Qualität der Bebauung erreicht werden.

Herr Schnuis teilte mit, dass auf dem Grundstück des Herrn May ein integratives Wohnen für Jung und Alt realisiert werden soll. Auf dem Grundstück befände sich keine öffentliche Verkehrsfläche, sondern lediglich ein Fuß- und Radweg.

Stadtverordnete Appelrath erkundigte sich, warum hier kein Ausgleich stattfinden müsse und wie die Müllbeseitigung erfolge, wenn es sich bei dem Grundstück May lediglich um einen Fuß- und Radweg handele.

Herr Schnuis erklärte, dass dies festgelegt sei, weil es sich um ein Verfahren nach § 13 a BauGB handele, die S-Bauland GmbH und Herr May aber einen Ausgleich durchführen würden. Die Mülltonnen der Grundstücke May und die 2 angrenzenden Grundstück der S-Bauland müssten jeweils zu einer Sammelstelle gebracht werden.

Stadtverordnete Appelrath fragte, welche Größe das gesamte Baugebiet habe und wie groß die einzelnen Grundstücke geplant seien.

Herr Schnuis teilte mit, dass das gesamte Gebiet ca. 3,4 ha groß sei. Auf den Flächen der S-Bauland GmbH seien ca. 25 Hauseinheiten mit einer Größe von 420 m² geplant. Auf dem Grundstück des Herrn May seien ca. 7 Hauseinheiten realisierbar.

Stadtverordnete Gillen erklärte, dass die CDU-Fraktion die Umsetzung dieses Baugebietes sehr begrüße und dass man mit dem Investor auch einen zuverlässigen Partner an seiner Seite habe. Sie erkundigte sich nach der Art der Entwässerung für die Grundstücke. Des Weiteren schlage sie auf Wunsch von Herrn Josef Fröschen folgende Straßennamen vor:

- für die Planstraße 1: Mommertz Häuschen
- für die Planstraßen 2+3: An der Schafweide
- für die Planstraße 4: An der alten Schule

Herr Schnuis erklärte, dass eine Versickerung aufgrund der dortigen Bodenverhältnisse nicht möglich sei. Die Grundstücke werden mit einem Kanal an die Rochusstraße angeschlossen.

Stadtverordnete Kuhlmei begrüße auch für die SPD-Fraktion die Umsetzung des Baugebietes. Sie erkundigte sich, wie viel Stellplätze Herr May für sein Grundstück ausweisen müsse. Sie fügte hinzu, dass auch die SPD über eigene Straßennamen nachdenken werde.

Herr Schnuis erklärte, dass es hierfür keine Festsetzungen gebe, er müsse also nicht verpflichtend 2 Stellplätze vorhalten, da noch nicht sicher sei, ob und wie viele Parkflächen bei der geplanten Nutzung notwendig seien. Hier werde demnach auf das Baugenehmigungsverfahren verwiesen, in dem die Notwendigkeit und Anzahl berechnet werden würde.

Stadtverordnete Kuhlmei erkundigte sich nach der Kontrolle auf Einhaltung der Festsetzungen, gerade im Bezug auf die Begrünung.

Herr Schnuis teilte mit, dass die Kontrolle sowohl vom Erschließungsträger, als auch von der Bauaufsicht erfolge. Des Weiteren erfolge eine gewisse Kontrolle auch immer durch das jeweilige soziale Umfeld.

Stadtverordneter Meertens fragte, ob es nicht besser sei, durch den Wegfall des Betriebes ein allgemeines Wohngebiet auszuweisen, damit die Problematik des Mischgebietes weg falle.

Herr Schnuis teilte mit, dass ein allgemeines Wohngebiet nicht so zielfüh-

rend sei.

Herr Engels fügte hinzu, dass der Betrieb nicht ganz verschwinden werde. Eine gewerbliche Nutzung sei weiterhin möglich. Durch die Festsetzungen der Lärmkontingente werde dem Betrieb genau vorgegeben, wie viel Lärm er machen dürfe, ohne dass die Richtwerte für ein Allgemeines Wohngebiet überschritten würden.

Sachkundiger Einwohner Müller fragte, ob die Lärmkontingente auch den LkW-Verkehr berücksichtigen würden.

Herr Engels erklärte, dass der Straßenverkehr nicht mit eingerechnet würde, wohl aber Fahrten auf dem Grundstück.

Stadtverordneter Meertens erkundigte sich, ob der Kanal ausreiche oder ob dieser auf Kosten der Stadt vergrößert werden müsse

Beigeordneter Schlüter erklärte, dass der Kanal am Baugebiet ausreichend sei, dass jedoch im Bereich des Friedhofes der Kanal erweitert werden müsse, dies sei jedoch schon länger notwendig, stehe bereits im Abwasserbeseitigungskonzept und liege nicht an der Ersterhebung des Baugebietes.

Sachkundiger Bürger Pickartz bat, den Erschließungsträger, schon bei der Vermarktung der Grundstücke auf die Einhaltung der textlichen Festsetzungen hinzuweisen.

Beigeordneter Schlüter erklärte, dass es sich hier um eine gemeinschaftliche Planerarbeitung mit den Erschließungsträgern handele und im Rahmen dessen auch nur Festsetzungen vorgeschlagen würden, die auch kontrolliert werden könnten. Er erklärte weiter, dass eine mögliche Versickerung durch die Stadt geprüft wurde und aufgrund der Bodenverhältnisse stelle sich dies unwirtschaftlich dar. Es bleibe aber jedem Grundstückseigentümer selbst überlassen, ob er die Versickerung z.B. mittels Rigolen durchführe. Dies werde nur nicht zwingend festgelegt.

Stadtverordnete Appelrath erkundigte sich, ob aufgrund der Dachausrichtungen die Möglichkeit für Solarenergie gegeben sei.

Herr Schnuis erklärte, dass dies bei der Planung ausdrücklich beachtet worden sei. Eine aktive und passive Ausnutzung der Sonnenenergie sei in diesem Baugebiet sehr gut möglich.

Stadtverordnete Appelrath fragte weiter, ob auch die Nutzung von Erdwärme möglich sei.

Beigeordneter Schlüter bejahte dies.

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. 106 – St. Rochus – wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 106 – St. Rochus - wird beschlossen
3. Obwohl das vereinfachte Verfahren gem. § 13 Abs. 2 angewandt werden kann, wird eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Planauslegung von 2 Wochen durchgeführt. Parallel wird eine frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

4. Sollte der Planentwurf nach der Phase der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wesentliche Änderungen erfahren, wird er dem Rat erneut zum Beschluss vorgelegt.
5. Anschließend wird eine Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB in Form einer Planauslegung von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
6. Die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

jeweils einstimmig

**6 Erschließung für den Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus
hier: Erschließungsvertrag**

Beschluss:

Dem als Anlage beigefügten Städtebaulichen Vertrag und Erschließungsvertrag zwischen der Stadt Übach-Palenberg, der S-Bauland GmbH und Herrn May wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7 Marketingkonzept für das Ü-Bad der Stadt Übach-Palenberg

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Weißborn begrüßte Herrn Miljanovic von der Kommunikationsagentur KAM 3 und bat ihn um Präsentation seines Marketingkonzeptes (**siehe Anlage 3 & 4**).

Sachkundiger Einwohner Müller teilte mit, dass die vorgestellten Maßnahmen nicht ausreichen würden, sondern dass noch zusätzlich Maßnahmen notwendig seien.

Herr Miljanovic erklärte, dass in dem vorgelegten Konzept noch weitere Maßnahmen stünden. Er schlage vor, bei gutem Wetter mehr Werbung für das Freibad zu machen.

Sachkundiger Bürger Böven teilte mit, dass viele der genannten Maßnahmen bereits bei der Eröffnung des Freibades durchgeführt worden seien. Er gebe Herrn Miljanovic jedoch Recht, dass die Angebote im Ü-Bad erweitert werden müssten.

Stadtverordneter Peter Fröschen führte an, dass auch damit geworben werden müsste, dass im hiesigen Schwimmbad auch im Sommer die Möglichkeit bestünde, das Hallenbad zu nutzen. Er erklärte weiter, dass über die Öffnungszeiten nachgedacht werden müsse, da das Bad über die Ostertage geschlossen gewesen sei und hier mit Sicherheit viele Familien gerne das Schwimmbad genutzt hätten.

Beigeordneter Piotrowski erklärte, dass am heutigen Tag lediglich über das Marketingkonzept gesprochen werde. Alle anderen Aspekte stünden in der heutigen Sitzung nicht zur Diskussion. Er erklärte weiter, dass es in der Vergangenheit durchaus viele Events im Ü-Bad und viele Pressemitteilungen gegeben habe. Es sei falsch, die Ausgangssituation so darzustellen, als sei in der Vergangenheit nichts passiert. Man dürfe auch nicht vergessen, dass das Freibad bei schönem Wetter immer voll sei. Weiter, so **Beigeordneter Piotrowski**, mache die Situation, dass es sich hier um ein Kombi-Bad handle, es schwieriger, da die Vorbereitungen für den Sommerbetrieb im laufenden Winterbetrieb durchgeführt werden müssten. Er halte es jedoch nicht für falsch, Flyer und Plakate zu erstellen, um noch mehr für das Ü-Bad zu werben.

Stadtverordnete Kuhlmei teilte mit, dass sie eine Website für das Ü-Bad auch für wichtig erachte, da die Plattform Internet von den Jugendlichen sehr stark angenommen werde.

Beigeordneter Piotrowski erklärte, dass es jetzt auch eine Saisonkarte gebe, über die im Rat detailliert gesprochen werde.

Sachkundiger Einwohner Müller erkundigte sich, wie viel Werbung man machen müsse, um so viele Besucher ins Ü-Bad zu locken, dass es sich rentiere.

Beigeordneter Piotrowski teilte mit, dass es sich bei einem Schwimmbad immer um einen Zuschussbetrieb handle und sich dieses nie rentiere.

Ausschussvorsitzender Weißborn erklärte, dass es für das Freibad keinerlei Werbung bedürfe, weil dies bei viel Sonnenschein immer so voll sei, dass dort schon niemand mehr rein passe. Er frage sich, ob das Marketingkonzept einen Unterschied für das Hallen- und für das Freibad vorsehe.

Herr Miljanovic teilte mit, dass einige Maßnahmen so speziell seien, dass sie entweder nur im Hallen- oder im Freibad durchgeführt werden könnten. Er sei jedoch der Meinung, dass man das Freibad mehr bewerben müsse. Des Weiteren glaube er, dass eine Masse an Leuten noch animiert werden könnten, um ins Schwimmbad zu gehen und in diesen müsse durch gezielte Werbung das Bedürfnis auf Schwimmen geweckt werden.

Stadtverordneter Junker erklärte, dass das Marketing wichtig sei, um das Defizit ein wenig auszugleichen.

8 Sachstandsbericht zum Stadtmarketing

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Weißborn erklärte, dass er diesen Punkt auf die Tagesordnung habe setzen lassen, weil er von der Verwaltung bezüglich Stadtmarketing lange nichts mehr gehört habe.

Herr Wirth gab zunächst einen Rückblick auf das bisherige Stadtmarketinggeschehen. Er teilte mit, dass im März 2003 unter der Leitung von Dr. Honert eine Auftaktveranstaltung zum Stadtmarketing stattgefunden habe an der ca. 130 Personen teilnahmen. Am 10.06.2003 habe der Rat beschlossen, im Stadtmarketing Prozess einen Lenkungskreis einzurichten. Neben dem Lenkungskreis seien 6 Projektgruppen gebildet worden, die im späteren Verlauf auf 3 Projektgruppen reduziert worden seien.

Herr Wirth erklärte weiter, dass in der letzten Sitzung des Lenkungskrei-

ses am 19.10.2006, aufgrund fehlender Aktivitäten in den Projektgruppen und wegen fehlender Beteiligung, beschlossen wurde, den Stadtmarketingprozess vorerst ruhend zu stellen.

Vor ca. einer Woche, so Herr Wirth, hat nach langer Zeit noch einmal eine Mitgliederversammlung des Aktionskreises Pro Übach e.V. und der Aktionsgemeinschaft Palenberg stattgefunden. Auf dieser Versammlung wurden die Einführung der „Bonus-Card Übach-Palenberg“ und die Durchführung eines gemeinsamen Weihnachtsmarktes im Jahr 2011 mit großer Mehrheit beschlossen. Ein weiterer Tagesordnungspunkt sei die Wiederbelebung des Stadtmarketings gewesen.

Ausschussvorsitzender Weißborn bedankte sich für die Ausführungen und erklärte, dass es nach 4 Jahren an der Zeit sei, sich wieder mit dem Stadtmarketing zu beschäftigen. Er schlage vor, einen Beschluss darüber zu fassen, die Verwaltung damit zu beauftragen, ein neues Konzept zu einem Stadtmarketing zu erarbeiten.

Sachkundiger Bürger Mallmann erklärte, dass dies seiner Meinung nach Teil der Beschlussempfehlung der Vergabe des Konzeptes im nicht öffentlichen Teil sei. Hier würden 2 Dinge parallel laufen, die eigentlich besser kombiniert werden sollten.

Stadtverordnete Kuhlmei teilte mit, dass sie von Anfang an im Stadtmarketing involviert war. Sie erklärte, dass die anfängliche Euphorie im Lauf der Zeit immer mehr abgenommen habe und dass der Prozess letztendlich aufgrund mangelnder Beteiligung gescheitert sei. Auch sie erbitte Vorschläge von der Verwaltung, wie man das Stadtmarketing wieder aufleben lassen könne.

Sachkundiger Einwohner Müller erklärte, dass dies solange problematisch sei, bis die beiden Stadtteile aufhören würden sich nur im Einzelnen zu betrachten und sich alle Feste immer nur auf einen Ort beschränken würden.

Ausschussvorsitzender Weißborn konterte, dass dies in der Vergangenheit zwar so abgelaufen sei, dass die Gewerbetreibenden aber jetzt gerade dabei seien gemeinsam zu arbeiten. Der Zeitpunkt für ein Stadtmarketing sei also genau richtig.

Stadtverordneter Junker erklärte ebenfalls, dass es 2 Gruppierungen gebe und diese aufhören müssten, nur ihre eigenen Interessen zu vertreten.

Ausschussvorsitzender Weißborn teilte mit, dass es hier nicht nur um Gewerbetreibende gehe, sondern dass Stadtmarketing alle gesellschaftlichen Gruppen und Vereine anspreche.

Stadtverordneter Meertens fügte hinzu, dass im Vorhinein Strukturen festgelegt werden müssten, die in das Stadtmarketing eingearbeitet werden könnten. Es könne dann aber nicht wie in der Vergangenheit nur diskutiert werden, sondern es müsse auch umgesetzt werden.

Stadtverordneter Peter Fröschen erklärte, dass der Aktionskreis schon auf dem richtigen Weg sei.

Stadtverordnete Gillen teilte mit, dass sie der Auffassung sei, dass das Stadtentwicklungskonzept, dass im nicht öffentlichen Teil vergeben werden solle, viele Aspekte beinhalte, die in einem Stadtmarketing vorkommen würden.

Beigeordneter Schlüter erklärte, dass unter dem Begriff Stadtentwicklung alle das Stadtgebiet betreffende Dinge subsumiert werden müssten.

Stadtmarketing sei sicherlich ein Bestandteil dessen, es sei aber nicht so, dass eins das andere ersetze. In der Vergangenheit habe es kleinere Maßnahmen gegeben, die im Rahmen des Stadtmarketings umgesetzt worden seien, wie z.B. die Blumen am Straßenrand. Zum Schluss, so **Beigeordneter Schlüter**, habe es an der Kommunikation gefehlt, von daher halte er es für sinnvoll, diesen Prozess in einer Struktur, in der es Ergebnisse bringt, erneut aufzugreifen

Stadtverordneter Junker erklärte, dass Stadtmarketing ein Teil des Ganzen sei. Solange man keine Zielsetzung habe, könne man kein Marketingkonzept erarbeiten. Von daher empfehle er, erst abzuwarten zu welchen Ergebnissen das Stadtentwicklungskonzept komme um dann ein Konzept für das Stadtmarketing zu erarbeiten.

Beigeordneter Schlüter erwiderte, dass bei der Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes verschiedene Gruppen mitarbeiten würden. Diese sollten bei den Gesprächen schon Wünsche und Ziele vorstellen und gerade deshalb sei es wichtig, dass ein Konzept für ein Stadtmarketing schon vorhanden sei, damit dies Bestandteil des Stadtentwicklungskonzeptes werden könne. Die Parallelität sei dadurch gegeben, dass man eine Sache anstoße um sie in die andere zu integrieren.

Beigeordneter Piotrowski fügte hinzu, dass im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes erst alles aufgenommen werde und daraus ein Leitbild generiert werde. Es gebe in diesem Konzept jedoch keine Vorschläge. Auch mit der Institution Stadtmarketing würde eine Zusammenarbeit erfolgen, um die wesentlichen Punkte in das Konzept zu integrieren.

Ausschussvorsitzender Weißborn erklärte, dass er heute lediglich den Anstoß zu einem erneuten Umsetzungsversuch geben wollte. Er schlage vor, diesen Punkt bei der nächsten Ausschusssitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen, um dann über konkrete Vorschläge sprechen zu können.

Stadtverordnete Gillen teilte mit, dass sie sich den Ausführungen des Vorsitzenden anschließe.

Beigeordneter Piotrowski empfahl, die Strukturen des Stadtmarketings allen zugänglich zu machen und diese als Anlage zur Niederschrift zu versenden (**siehe Anlage 2: Geschäftsordnung des Lenkungskreises**).

9 Namensfindung für das Freizeit- und Naherholungsgebiet Wurmthal

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Weißborn erklärte, dass dieser Tagesordnungspunkt auf Wunsch der CDU-Fraktion in der KIB-Sitzung am gestrigen Tag vertagt worden sei.

Stadtverordnete Kuhlmei erkundigte sich bei der CDU-Fraktion, wie lange dieser Tagesordnungspunkt vertagt werden solle.

Stadtverordnete Gillen erklärte, dass vorgeschlagen worden sei, den Punkt aufgrund der schlechten Haushaltslage zu vertagen und erst wieder aufzunehmen, wenn sich die finanzielle Situation der Stadt gebessert habe.

Stadtverordnete Kuhlmei teilte mit, dass es keinen Sinn mache, den Punkt lediglich zu vertagen und diesen in ein paar Jahren wieder aufzugreifen. Sie schlage daher vor, den Tagesordnungspunkt komplett abzusetzen. Sie frage sich jedoch, wie die Öffentlichkeit über das weitere

Verfahren in Kenntnis gesetzt werden solle.

Stadtverordnete Appelrath schloss sich dem Beitrag von Frau Kuhlmeier an und fügte hinzu, dass die meisten Bürger ohnehin den Wunsch geäußert hätten, den Namen beizubehalten. Sie beantragte deshalb, den Punkt nicht zu vertagen, sondern auf Dauer abzusetzen.

Ausschussvorsitzender Weißborn ließ über diesen Antrag abstimmen und stellte fest, dass damit dann alles bleibt, wie es ist.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

10 Berichte und Mitteilungen der Verwaltung

Protokoll:

Herr Engels teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass der Genehmigungsbescheid der Abgrabungsbehörde für die Abgrabung Davids in Frelenberg vom 29.04.2010 – 14.05.2010 im Rathaus ausliege und eingesehen werden könne.

Herr Engels erklärte, dass der Stadt die Änderung des Landesentwicklungsplanes – Energieversorgung- zugegangen sei. Hierzu sei eine Stellungnahme notwendig, die als Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung besprochen werde. Herr Engels verteilte hierzu jeweils ein Exemplar an die Ausschussmitglieder und bat um Durchsicht des Berichtes.

Ausschussvorsitzender Weißborn schloss um 19.40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Ausschussvorsitzender Weißborn um 20.20 Uhr die Sitzung.

Weißborn
Ausschussvorsitzender

Raeune
Schriftführerin